

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Oktober 1984
am Donnerstag, dem 18. Oktober 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	82, 83	Dr. Kübler (SPD)	61
Bamberg (SPD)	80, 81	Lennartz (SPD)	41, 42
Frau Dr. Bard (DIE GRÜNEN)	14, 15	Lowack (CDU/CSU)	54
Boroffka (CDU/CSU)	34, 50	Frau Luuk (SPD)	17, 18
Broll (CDU/CSU)	5	Menzel (SPD)	6
Brück (SPD)	19, 20	Müller (Düsseldorf) (SPD)	36, 77
Büchner (Speyer) (SPD)	3, 4	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	53
Conradi (SPD)	1, 2	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	12, 13
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	8, 60	Oostergetelo (SPD)	23, 24
Drabiniok (DIE GRÜNEN)	64, 65	Pfuhl (SPD)	62, 63
Duve (SPD)	40, 79	Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	32, 33
Dr. Ehrenberg (SPD)	47, 56	Schäfer (Offenburg) (SPD)	37, 38
Eigen (CDU/CSU)	66, 67	Schemken (CDU/CSU)	87, 88
Fischer (Osthofen) (SPD)	48	Dr. Schöfberger (SPD)	25, 31
Gerstl (Passau) (SPD)	84, 85	Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	45, 46
Grünbeck (FDP)	55	Dr. Sperling (SPD)	59, 71
Haungs (CDU/CSU)	9, 10	Stahl (Kempfen) (SPD)	39, 78
Hauser (Esslingen) (CDU/CCSU)	86	Stiegler (SPD)	72, 73
Hedrich (CDU/CSU)	27, 28	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	75, 76
Herterich (SPD)	16	Vosen (SPD)	43, 44
Dr. Hupka (CDU/CSU)	29, 30	Wartenberg (Berlin) (SPD)	21, 22
Immer (Altenkirchen) (SPD)	89, 90	Weiß (CDU/CSU)	51, 52
Dr. Jobst (CDU/CSU)	49	Frau Weyel (SPD)	7
Kirschner (SPD)	35, 70	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	57, 58
Dr. Klejdzinski (SPD)	11, 26	Zander (SPD)	68, 69
Krizsan (DIE GRÜNEN)	74		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	15

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
Wie sind die Bestrebungen der Deutschen Bundespost, beispielsweise der Oberpostdirektion Freiburg, Beamte ohne die Prüfung und Entscheidung im Einzelfall in einem ordnungsgemäßen Disziplinarverfahren allein unter Berufung auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu entlassen, mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vereinbar?
2. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
Ist die Bundesregierung bereit, Beamten, denen in Disziplinarverfahren ihre Zugehörigkeit zur DKP vorgeworfen wurde, weiterhin eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis anzubieten, oder will die Bundesregierung diese Beamten nach jahrelanger, zum Teil jahrzehntelanger treuer Arbeit für den Staat ohne jegliche soziale Sicherung (Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung) vor die Tür setzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß – entgegen der Erstfassung des Aktionsprogramms Schulsport aus dem Jahre 1972 – der Bund in der Präambel des am 28. Juni 1984 von Vertretern der Ständigen Konferenz der Kultusminister und des Deutschen Sportbundes verabschiedeten Fassung des „Zweiten Aktionsprogramms für den Schulsport“ als Mitträger neben den Ländern, dem Deutschen Sportbund und den Kommunalen Spitzenverbänden nicht mehr erwähnt ist?
4. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der gesamtstaatlichen Bedeutung der Bildungspolitik sowie des Schul- und Hochschulsports gegenüber den Bundesländern, dem Deutschen Sportbund und den Kommunalen Spitzenverbänden darauf hinzuwirken, daß auch in der jetzt vorliegenden Fortschreibung des „Aktionsprogramms für den Schulsport“ aus dem Jahre 1972 die Mitträgerschaft des Bundes sichergestellt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
Wie kann die Bundesregierung einer Erschütterung der wertprägenden Bedeutung des Strafrechts im allgemeinen Bewußtsein der Bevölkerung entgegenwirken, wenn diese dadurch bewirkt wird, daß eine öffentlich-rechtliche Rund-

funkanstalt sich zur Dokumentation der Begehung einer vorsätzlichen Straftat einladen läßt, diese anschließend bundesweit im Fernsehen ohne Hinweise auf den strafbaren Charakter verbreitet und dem strafbaren Geschehen durch die Entsendung von Reportern, die Filmaufnahme und deren Ausstrahlung den Anschein der Normalität und öffentlichen Billigung gibt, wie es am 16. September diesen Jahres in Frankfurt/Main geschehen ist, als der Hessische Rundfunk auf Einladung der Täter das Zumauern von Sprengschächten in einer Main-Brücke filmte und die ARD in ihrer Tagesschau am selben Abend darüber breit berichtete, ohne auf den strafbaren Charakter des Geschehens hinzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

6. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Ost-Berlin im Sommer dieses Jahres ein Ehepaar von der Volkspolizei verhaftet und nunmehr in der DDR rechtskräftig verurteilt wurde; nachdem die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin das Ehepaar, das dort um Asyl nachsuchte, des Hauses verwiesen hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

7. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die Anerkennung des oenologischen Doppelsalzsäureverfahrens anstelle der Naßverbesserung (vor allem für die nördlichen Weinbaugebiete) bei der Europäischen Gemeinschaft durchzusetzen, und welche Empfehlungen gibt die Bundesregierung für den Herbst 1984?
8. Abgeordneter
Dr. Diederich (Berlin)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in der „Wirtschaftswoche“ vom 17. August 1984 gemachten Äußerungen des Präsidenten des Verbandes der Chemischen Industrie, Heinz-Gerhard Franck, daß „die bisherigen Erfahrungen mit dem Chemikaliengesetz... zu dem Ergebnis geführt“ hätten, „daß entgegen den ursprünglichen Erwartungen der bürokratische Aufwand zu hoch und die Durchführung zu teuer“ sei und daß die Aufwendungen für die Prüfung von Stoffen als „Innovationsbremse“ wirkten und daher Konsequenzen gezogen werden müßten und „Bestimmungen, die den Erfordernissen der Praxis gerecht werden und die Innovationen in der Bundesrepublik Deutschland nicht hemmen“, notwendig seien, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

9. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU)
- Wie konnte es geschehen, daß vor Jahren für 3 Millionen DM, von denen der überwiegende Teil aus Bundesmitteln aufgebracht wurde, ein Labor der höchsten Sicherheitsstufe (P 4) des Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie (EMBL) in Heidelberg gebaut und eingerichtet, aber nie benutzt und jetzt abgebaut wurde?
10. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus diesem Vorgang ziehen?
11. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Pläne gibt, hochaktiven Atommüll mit Hilfe sogenannter „Penetratoren“ in den Meeresboden zu versenken, und wenn ja, hält die Bundesregierung die Beseitigung von Atommüll auf diesem Weg für ausreichend sicher, obwohl man nicht weiß, in welchem Zustand sich die Penetratoren nach dem Eindringen in die Sedimentschicht befinden?
12. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung den Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ vom 21. Mai 1983 zur Kenntnis genommen, in dem es heißt: „bei Natal, im Norden des Landes gelegen, entstand ein Versuchsgelände für Raketenwaffen“, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß damit das Versuchsgelände der CTA gemeint ist, die ihrerseits Kooperationspartner der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. (DFVLR) ist?
13. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Reichweite, Nutzlastgewicht und Größe der SONDA-Raketen durchaus vergleichbar sind mit denen anderer Raketen, die für militärischen Gebrauch vorgesehen sind, sobald die SONDA-Raketen mit einer Schubvektorkontrolle ausgestattet sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus für die Zusammenarbeit mit Brasilien?
14. Abgeordnete
Frau Dr. Bard
(DIE GRÜNEN)
- Weiß die Bundesregierung von einer Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschen Firmen und Instituten und brasilianischen Firmen, Instituten und Behörden der Luft- und Raumfahrt über eine Umrüstung der Höhenforschungsrakete Typ SONDA IV zu ballistischen Raketen, und wie sieht diese Zusammenarbeit gegebenenfalls aus?

15. Abgeordnete
**Frau
Dr. Bard**
(DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, daß auch bei der DFVLR aus einer militärischen NIKE-Rakete eine „Höhenforschungsrakete“ Typ ORION entwickelt wurde, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß umgekehrt aus Höhenforschungsraketen militärische Raketen entwickelt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

16. Abgeordneter
Herterich
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß der Deutsche Entwicklungsdienst durch die entsprechende Ausgestaltung seines Planungsrahmens auch künftig flexibel auf Wünsche von Trägern in den Gastländern eingehen kann, auch wenn diese durch organisatorische Probleme dieser Träger nicht immer ausreichend und zeitgerecht artikuliert werden können?
17. Abgeordnete
**Frau
Luuk**
(SPD)
- Teilt die Stellungnahme des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik die Auffassung der Bundesregierung, im Deutschen Entwicklungsdienst herrsche ein „linkskonformistischer Meinungsdruck“, und wie kann die Bundesregierung diesen Vorwurf belegen?
18. Abgeordnete
**Frau
Luuk**
(SPD)
- Wie läßt sich die unbestritten hervorragende Arbeit des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) im Ausland vereinbaren mit der heftigen Kritik an der Effizienz der Zentrale des DED?
19. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- An welcher Stelle hat der Bundesrechnungshof in seinem Gutachten über den Deutschen Entwicklungsdienst diesem vorgeworfen, er habe in den letzten Jahren zunehmend die eigenen „Grundsätze und Kriterien“ höher gesetzt als die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung?
20. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Inwieweit konnte der Deutsche Entwicklungsdienst seit dem Amtsantritt der Regierung Kohl davon ausgehen, daß die „Entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung“ vom Juli 1980 noch den Rahmen für seine „Grundsätze und Kriterien“ darstellen?
21. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die „Grundsätze und Kriterien“ des Deutschen Entwicklungsdienstes im Oktober 1980 im Einvernehmen mit der Bundesregierung und dem nichtstaatlichen Gesellschafter und im Einklang mit den entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung beschlossen worden sind?

22. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung sich bemüht, dem Bundesrechnungshof die besonderen Belange und Notwendigkeiten für die Arbeit des Deutschen Entwicklungsdienstes, die der Bundesrechnungshof zum Anlaß für Mängelrügen genommen hat, zu erläutern?
23. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Hat sich das bisherige Auswahlverfahren für Entwicklungshelfer des Deutschen Entwicklungsdienstes als ineffizient in dem Sinne erwiesen, daß in unzumutbar großem Maße persönlich und fachlich ungeeignete Mitarbeiter ins Ausland entsandt worden sind?
24. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Inwieweit haben die Mitbestimmungsorgane des Deutschen Entwicklungsdienstes seine Planung und Arbeit bisher mitgeprägt, und haben sich daraus Effizienzprobleme ergeben, die seiner Arbeit und seinem Ansehen im Ausland abträglich waren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

25. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts des Drängens der NATO auf mindestens dreiprozentige Jahreszuwächse zusätzlich zum Inflationsausgleich die Ankündigung der von einer Mitte-Rechts-Koalition getragenen dänischen Regierung, den Verteidigungshaushalt von derzeit 11,4 Milliarden Kronen lediglich auf knapp 11,5 Milliarden Kronen zu steigern und einen weiteren Anstieg nur zum Ausgleich der Inflation vorzusehen?
26. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Welche Gründe waren für die Bundesregierung ausschlaggebend, dem provisorischen Interimsabkommen beizutreten, und sieht die Bundesregierung in diesem Beitritt nicht eine Erschwernis für die Zeichnung der Seerechtskonvention?
27. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in der Waffenstillstandsvereinbarung zwischen der FRELIMO-Regierung unter Präsident Samora Machel und der Widerstandsbewegung MNR (RENAMO) in Mozambique ein Vorbild für vergleichbare Lösungsansätze in Angola, und wird sie bei einer vergleichbaren Übereinkunft in Südwestafrika/Namibia an der UNO-Resolution 435 festhalten?
28. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Vermittlerrolle der Republik Südafrika beim Zustandekommen des Waffenstillstandsabkommens zwischen der FRELIMO und der RENAMO?

29. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Begründung hat der Bundesaußenminister durch den polnischen Außenminister während seines Gespräches auf der UN-Vollversammlung dafür erhalten, daß die Ausreise der Deutschen aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße in den letzten Monaten nahezu ganz zum Erliegen gekommen ist?
30. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- War die seit Jahren von den sowjetischen Behörden praktizierte restriktive Behandlung der Ausreisearträge von Sowjetbürgern deutscher Volkszugehörigkeit Gegenstand der Unterredung des Außenministers mit dem sowjetischen Außenminister, und bejahendenfalls, welches Ergebnis konnte erzielt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

31. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Zu welchem Zweck war der Bundesgrenzschutz beim NATO-Manöver „Flinker Igel“ eingesetzt, und welche polizei-, dienst- und haftungsrechtlichen Probleme ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung bei „paramilitärischen“ Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit Manövern?
32. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Bayern beheimatete Energie- und Wasserversorgungsunternehmen braun- und steinkohlenbefeuerte Heizkraftwerke mit sogenannten Simultananlagen zur gleichzeitigen Ausschöpfung von Schwefeldioxyd und Stickstoffoxyden aus dem Rauchgas ausrüsten wollen und daß es sich insgesamt um ein neues Verfahren zur gleichzeitigen Reduzierung von Schwefeldioxyd- und Stickstoffoxydemissionen mit neuartigen integrierten Verfahrensgängen, die auch teilweise nicht mit bereits erprobten Verfahren technisch vergleichbar sind, handelt?
33. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung im Bundeshaushalt für diese Demonstrationsanlagen angemessene Mittel bereitstellen, weil durch die von den in Frage 32 genannten Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Angriff genommenen Maßnahmen die Schwefeldioxydemissionen aus Kraft- und Heizwerken in Bayern insgesamt bis 1988/89 sogar auf unter 50 000 Tonnen pro Jahr gesenkt werden können, während im Gegensatz dazu z. B. beim Kraftwerk Buschhaus die Emissionen erst bis 1986 auf 113 000 Tonnen Schwefeldioxyd jährlich reduziert werden sollen, dieses Kraftwerk also mehr Schwefeldioxyd produziert als alle bayerischen Kraftwerke zusammen, und wird die Bundesregierung ähnlich wie im Fall Buschhaus einen Teil der den bayerischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen entstehenden Kosten und Gewährleistungsrisiken übernehmen?

34. Abgeordneter
Borofka
(CDU/CSU)
- Können mit Abgaskatalysator ausgerüstete Kraftfahrzeuge auch mit Flüssiggas betrieben werden, und würden sich gegebenenfalls die Schadabgasemissionen (Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoffe, Stickoxide) gegenüber dem Benzinbetrieb verändern?
35. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, die den Appell des Umweltbundesamtes an die Verbraucher (Kurzinformation Nr. 14/84) stützen, auf den Einsatz zusätzlicher Waschverstärker zu verzichten, weil diese unnötig seien und eine zusätzliche Belastung unserer Gewässer darstellten, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende Verbotsmaßnahmen zu ergreifen?
36. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse einer Untersuchung der Technischen Universität in Berlin zu Emissionsrückgängen bei einem Tempolimit von 80/100 Kilometer/Stunde, und wird der Bundeskanzler seinen Widerstand gegen ein Tempolimit angesichts des im erschreckenden Ausmaß fortschreitenden Waldsterbens und der durch die Luftverschmutzung verursachten gesundheitlichen Schäden aufgeben?
37. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Warum nimmt Bundesinnenminister Dr. Zimmermann nicht das Umweltbundesamt gegen die unqualifizierten Angriffe aus Teilen der Autoindustrie und aus Koalitionskreisen in Schutz, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß durch diese Angriffe das Umweltbundesamt in seiner unverzichtbaren Funktion für den Umweltschutz erheblich geschädigt wird?
38. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zur Zeit der sozialliberalen Koalition von seiten der Bundesregierung – im Gegensatz zum Verhalten der derzeitigen Bundesregierung – die wissenschaftliche Qualifikation und Reputation des Umweltbundesamtes nicht in Frage gestellt wurde?
39. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)
- Auf Grund welcher konkreten Anhaltspunkte glaubt die Bundesregierung, bereits vorliegende Untersuchungsergebnisse zum Tempolimit – z. B. die vom Umweltbundesamt vom September 1984 –, die die Eignung dieser Maßnahme zur raschen Minderung der Stickoxidemission und damit zur Rettung des Waldes bestätigen, unberücksichtigt lassen zu können?
40. Abgeordneter
Duве
(SPD)
- Ist die Bundesregierung – vor dem Hintergrund des dramatisch beschleunigten Waldsterbens während der letzten zwölf Monate (in Baden-Württemberg Schadensanstieg von der Hälfte auf zwei Drittel der Waldfläche) – bereit anzuerkennen, daß Maßnahmen gegen das Waldster-

ben keinerlei Aufschub mehr vertragen, und daß es auf „ein paar Monate mehr oder weniger“ sehr wohl ankommt?

41. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Ist die Meldung im Express vom 10. Oktober 1984 zutreffend, daß Bundesinnenminister Dr. Zimmermann einen neuen Dienstwagen ausdrücklich ohne Abgaskatalysator bestellt hat, der im Januar 1985 ausgeliefert werden soll?
42. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Wie verträgt sich dieses Handeln gegebenenfalls mit der Absichtserklärung der Bundesregierung, ab 1985 nur noch Katalysator-Autos als Dienstwagen anzuschaffen?
43. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Wann und mit welchen Bundesministerien ist der dem Umweltbundesamt erteilte Forschungsauftrag von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann im Rahmen der Koordinierung der Ressortforschung abgestimmt worden?
44. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung, daß dem Bundesforschungsminister laut Pressemeldungen von einem beabsichtigten Großversuch nichts bekannt ist und daß er einen solchen Großversuch angesichts der vorliegenden vielen Untersuchungen auch nicht für zweckmäßig hält?
45. Abgeordnete
Frau Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Bestätigt die Bundesregierung Informationen, denenzufolge für die ersten Transporte mit leicht- und mittelaktivem Atommüll nach Gorleben 1 500 Polizei- und Bundesgrenzschutz-Kräfte eingesetzt und der Transport mit etwa 50 Mannschaftswagen der Polizei begleitet wurde, und wie beurteilt sie die Tatsache, daß in diesem Zusammenhang Häuser und ganze Dörfer für mindestens eine Stunde polizeilich vollkommen abgeriegelt wurden?
46. Abgeordnete
Frau Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- In welcher Form wurde die Bevölkerung entlang der Atomtransportstrecken nach Gorleben seitens der Bundesregierung aufgeklärt über die Risiken der Atomtransporte, und wurden für diese Strecken und das Atommüllzwischenlager Gorleben Katastrophenschutzpläne erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

47. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Differenz von der im Finanzbericht 85 ausgewiesenen Abgabenquote von 39,8 v. H. zu den für das gleiche Jahr in Wirtschaft und Statistik ausgewiesenen 42,2 v. H. im einzelnen aufschlüsseln, und ist die Bundesregierung bereit – allen methodischen Schwierigkeiten zum Trotz –, auf eine überein-

- stimmende Darstellung in den amtlichen Statistiken der Bundesregierung hinzuwirken, da die gegenwärtig unterschiedlichen Zahlen ständig zu Verwirrungen führen?
48. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die öffentlich als sogenannte „Geldwaschanlage“ apostrophierte „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V. Köln und Koblenz“ nach wie vor als Einrichtung zur Förderung staatspolitischer Zwecke im Sinne des geltenden Steuerrechts anerkannt ist?
49. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Ist es mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn zu vereinbaren, wenn Beamte des Zolldienstes lange Jahre auf einem höherwertigen Dienstposten beschäftigt, aber erst nach Vollendung des 63. Lebensjahres befördert werden, mit der Folge, daß das Ruhegehalt des Beamten trotz langjähriger Tätigkeit und hervorragenden Leistungen auf dem höherwertigen Posten nach der von der Bundesregierung beabsichtigten versorgungsrechtlichen Regelung nicht mehr aus dem zuletzt erreichten Amt bemessen wird?
50. Abgeordneter
Boroffka
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung, wenn Katalysator-Kraftfahrzeuge mit Flüssiggas betrieben werden können, den Einsatz von Flüssiggas auch deswegen besonders fördern, etwa im Rahmen der Spreizung der Mineralölsteuer verbleit/bleifrei, weil westliche Nachbarländer der Bundesrepublik Deutschland (wie Frankreich, die Niederlande, Italien, Belgien) zumindest an den Autobahnen flächendeckend Flüssiggas anbieten, mithin die Problematik eines etwa fehlenden Angebots an bleifreiem Benzin entfällt?
51. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Ist meine Vermutung richtig, daß die Kirchen die Einnahmeausfälle, die sich auf Grund der vorgesehenen Erhöhung der Kinderfreibeträge ergeben, nicht auf Kosten der Familien mit Kindern ausgeglichen haben wollen?
52. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Wenn ja, besteht dann seitens der Bundesregierung die Absicht, dem Deutschen Bundestag Vorschläge zu unterbreiten, um die zu erwartenden Einnahmeausfälle bei den Kirchen in Höhe von 600 Millionen DM auszugleichen?
53. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung dem Begehren der privaten Krankenversicherer entsprechen und die Prämien für private Pflegeversicherungen den unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben zuordnen?
54. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß nach der Praxis von Finanzämtern Aufwendungen für Ausbildung im Klavierunterricht von Kindern nicht als Kinderbetreuungskosten anerkannt werden?

55. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)

Trifft es zu, daß ein Selbständiger die Kosten der Schadensbeseitigung für einen während einer beruflich bedingten Fahrt entstandenen Unfall unter Alkoholeinfluß nicht als Werbungskosten absetzen kann, die Finanzbehörden hier also quasi ein Verschulden anrechnen, und sieht die Bundesregierung nicht eine rechtliche Ungleichbehandlung gegenüber dem Fall eines Arbeitnehmers, der nach einem gleichen Unfall unter Alkoholeinfluß an einem arbeitsfreien Tag ohne Abstriche Anspruch auf Lohnfortzahlung hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

56. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben „regionale Strukturpolitik“ oder „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ Anlagen zur umweltschädlichen Beseitigung von Altöl u. a. Schiffsrückständen zu fördern, und ist der Bundesregierung bekannt, daß ohne Hilfen bei der Errichtung solcher Anlagen das von der Bundesregierung unterzeichnete Marpol-Abkommen auch von umweltbewußten Kapitänen nicht erfüllt werden kann, da außer Brunsbüttel kein deutscher Hafen über zureichende Anlagen verfügt?

57. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Raffineriesterben in der Bundesrepublik Deutschland weitergeht, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung in dieser Frage ein?

58. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß nach der Importabhängigkeit bei Rohöl die Bundesrepublik Deutschland demnächst nicht in eine schwerwiegende Produkten-Abhängigkeit gerät?

59. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine niedrige Preissteigerungsrate mit einem allgemeinen Kaufkraftzuwachs gleichzusetzen ist, und läßt sich dieser gegebenenfalls beziffern?

60. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)

Welche Initiativen und Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung vorgesehen, um unverzüglich, spätestens bis Ende 1985, ein möglichst flächendeckendes Netz von Zapfstellen für unverbleite Kraftstoffe zu schaffen, um allen Neuerwerbern, insbesondere dabei öffentlichen Einrichtungen, den Vorwand zu nehmen, die Anschaffung von Fahrzeugen mit Abgaskatalysatoren sei erst möglich, wenn ein solches flächendeckendes Tankstellennetz, das unverbleites Benzin anbietet, vorhanden ist?

61. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in dem Verhalten von Reiseunternehmen, die sich bei ihren Vertragshotels zusichern lassen, daß Privatbuchungen dieser Hotels nicht mehr möglich sind, einen Anlaß, eine Initiative zum Schutz der Individualrechte zu ergreifen, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

62. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Hat die Bundesregierung einen Überblick über die durch die widrigen Witterungsverhältnisse verursachten Ernteaufälle, vor allem beim Getreide?
63. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Welche Maßnahmen zur Existenzsicherung gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um den durch die schlechte Witterung besonders hart betroffenen kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben zu helfen?
64. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse der Waldschadensbilanz 1984 liegen der Bundesregierung aus welchen Bundesländern bisher vor?
65. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich der Schadensfortschritt bei Laubwäldern, insbesondere bei der Rotbuche, zwischen 1982 und 1983 sowie 1983 und 1984 entwickelt?
66. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wo liegen nach Meinung der Bundesregierung die Ursachen dafür, daß die französischen Landwirte einen Preis für Weizen erhalten, der wesentlich unter dem abgeleiteten Interventionspreis liegt?
67. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Europäische Kommission eingeleitet, um eine verstärkte Wettbewerbsfähigkeit von EG-Getreide im Inland und beim Export zu erreichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

68. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, zu, der in einer Rede am 28. September 1984 in Kiel erklärt hatte: „Es scheint realistisch, statt mit der dem Haushalt der Bundesanstalt zugrundeliegenden Zahl von 2,38 Millionen mit 2,28 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt abzuschneiden.“?
69. Abgeordneter
Zander
(SPD)
- Falls die Bundesregierung von der gleichen Annahme ausgeht, welche Konsequenzen hat dies für den Bundeshaushalt 1985 und für die mittelfristige Finanzplanung?

70. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen (DM-Magazin, 10/84), wonach in der Bundesrepublik Deutschland durch fehlende Klinik-Planstellen und einen Mangel an operativen Einrichtungen jährlich 30 000 Herzkranken sterben, weil sie „nicht rechtzeitig auf den Operationstisch kommen“, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls zur Behebung dieses Mißstandes?
71. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wie groß war der Kaufkraftzuwachs in den letzten beiden Jahren bei Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und alleinstehenden Rentnerinnen und Rentnern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

72. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die vom kommandierenden General des II. Korps in Ulm erlassenen Weisungen über „kriegsnahe Ausbildung“ in der Bundeswehr, und wird der Bundesminister der Verteidigung befehlen, diese Weisungen zurückzuziehen?
73. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Hat der Bundesminister der Verteidigung bei seinen Gesprächen zur Einschränkung der Nachtschießfähigkeit der US-Streitkräfte auf den NATO-Truppenübungsplätzen ein Ergebnis erzielt, bzw. auf welchen Ebenen wird das Ziel, den Schießlärm einzudämmen, weiterverfolgt werden?
74. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Erlaubnis der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Munster-Süd zur Durchfahrt eines Atommülltransports in Richtung Gorleben auf der Panzerlingstraße durch einen Sicherheitsbereich, obwohl dieser Transport dort durch einen Soldaten angehalten wurde, und welche Gefahren wären für die Allgemeinheit entstanden, wenn bei einem Fehlschuß der Atommülltransport getroffen worden wäre?
75. Abgeordnete
Frau Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesminister der Verteidigung dazu bereit und in der Lage, die in der Aktuellen Stunde am 4. Oktober 1984 von ihm behauptete Zahl von 150 Gewaltaktionen, die während der diesjährigen Herbstmanöver durch Anhänger der Friedensbewegung begangen worden sein sollen, anhand von stichhaltigen Fakten zu belegen und dem Parlament in Form eines Berichts zur Verfügung zu stellen?
76. Abgeordnete
Frau Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, angesichts der Schwere des vom Bundesminister der Verteidigung erhobenen Vorwurfs alle einzelnen 150 behaupteten Gewalttaten in diesem Bericht differenziert aufzuzählen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

77. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Welche der verschiedenen Meinungen der Bundesminister Bangemann, Dr. Zimmermann, Dr. Dollinger, Kiechle zur Einführung eines Tempolimits ist für die Haltung der Bundesregierung repräsentativ, und wird der Bundeskanzler das weitere Vorgehen der Bundesregierung in dieser drängenden Frage entscheidend beeinflussen?
78. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Woher nimmt die Bundesregierung die Sicherheit, gerade das Ergebnis ihres Großversuchs zur Geschwindigkeitsbegrenzung vermöge endgültige Klarheit über Schadstoffminderung durch Tempolimits zu schaffen, wenn bisher weder der Untersuchungsgegenstand, noch Untersuchungsbedingungen, noch Termine, noch durchführende Institutionen im einzelnen feststehen und der Bundesinnenminister zugibt, es handele sich um einen „Großversuch, wie er bisher in der Welt noch nicht stattgefunden hat“?
79. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Mit welchen Terminvorstellungen hinsichtlich Auftragsvergabe, Vorlage des Testergebnisses und politischer Entscheidung darüber plant die Bundesregierung ihren Großversuch zum Tempolimit?
80. Abgeordneter
Bamberg
(SPD)
- Weshalb werden in der Broschüre des Bundesministers für Verkehr „Die Weichen für die Zukunft stellen“ auf Seite 14 Personalkosten der Deutschen Bundesbahn (DB) für das Jahr 1982 in Höhe von 20,651 Milliarden DM angegeben, obwohl der Geschäftsbericht der DB nur Personalausgaben in Höhe von 20,280 Milliarden DM ausweist, wovon außerdem die strukturell bedingten überhöhten Versorgungslasten in Höhe von 3 Milliarden DM und die Inanspruchnahme zusätzlicher Ausbildungsplätze in Höhe von 0,026 Milliarden DM abzuziehen sind, so daß sich die tatsächlichen Personalkosten der DB nur auf 17,254 Milliarden DM belaufen?
81. Abgeordneter
Bamberg
(SPD)
- Werden in der Broschüre überhöhte Angaben über die Personalkosten der Deutschen Bundesbahn (DB) gemacht, um die Eisenbahner durch die in der Grafik auf Seite 14 enthaltene Aussage, die Personalkosten der DB seien höher als die von ihr erwirtschafteten Erträge, noch weniger motivieren zu können?
82. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Zielt die Behauptung in der Broschüre des Bundesverkehrsministers „Die Weichen für die Zukunft stellen“ auf Seite 17: „Die Bahn hat wieder Zukunft, weil die Gemeinschaft nicht länger der Bahn ... dienen soll“ auch gegen die ihre Pflicht tuenden Eisenbahner?

83. Abgeordneter
Amling
(SPD) Womit begründet die Bundesregierung ihre Behauptung, die Gemeinschaft habe bisher der Bahn dienen müssen?
84. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Womit begründet Bundesverkehrsminister Dr. Dollinger seine auf Seite 4 der Broschüre „Die Weichen für die Zukunft stellen“ wiedergegebene Behauptung, nun sei in der Bahnpolitik endlich ein „Schlußstrich unter die Epoche der Tatenlosigkeit gezogen“?
85. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Welche „Taten“ hat die Bundesregierung in diesem Jahr ergriffen, um die Lage der Bahn und ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern?
86. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU) Sind bei der Deutschen Bundesbahn Überlegungen im Gange, vom Winterfahrplan 1985/86 an das Verkehrsangebot der S-Bahn-Linie 1 (Plochingen—Stuttgart/Schwabstraße) aus betriebswirtschaftlichen Gründen einzuschränken?
87. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) Welche Kriterien wurden angewandt bei der Ausstattung der Autobahnen mit Tankstellen mit bleifreiem Benzin bezogen auf das flächendeckende Netz?
88. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Feststellung, daß im gesamten rechtsrheinischen Ballungsraum zwischen Bonn, Emmerich, Kassel, Olpe keine bleifreie Tankstelle vorgesehen ist und damit eine wichtige Region unterversorgt ist?
89. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, auf Grund der behaupteten Meinung, daß Autoabgase durch den Ausstoß von NO_x eine wesentliche Ursache für das Waldsterben seien, auch Maßnahmen zu treffen bzw. mit den Bundesländern zu vereinbaren, die eine Einschränkung des Autorennbetriebes auf dem Nürburg- und Hockenheimring zur Folge haben?
90. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung, falls sie die Bedeutung der NO_x-Emissionen aus Kraftfahrzeugen für eine wichtige Quelle für Schadstoffe hält, die für das Waldsterben verantwortlich sind, die Folgewirkungen von Automobilrennen auf dem Nürburg- und Hockenheimring, die durch die Massierung von Automobilen verursacht wird, die nur zu diesem Zweck Schauanstalten heranzuführen, wobei durch Staus bei Stillstand erhebliche schädliche Emissionen freigesetzt werden?

Bonn, den 12. Oktober 1984